

Partnerschaftsmodelle von EU und NATO im Wandel

Mit dem neuen Selbstverständnis der EU als «geopolitischem Akteur» und dem Fokus der NATO auf Abschreckung und Verteidigung verändern sich auch die Partnerschaftsformate dieser Organisationen im Sicherheits- und Verteidigungsbereich. Beide setzen auf intergouvernementale, pragmatische Formen der Zusammenarbeit mit Drittstaaten. Für die Schweiz ergeben sich neue Opportunitäten der Zusammenarbeit.

Von Gorana Grgić

Die Schweiz erarbeitet derzeit die Sicherheitspolitische Strategie 2025. Ein wichtiger Aspekt wird das Thema der sicherheitspolitischen Kooperation sein. In offiziellen Dokumenten wie dem Zusatzbericht des Bundesrats zum Sicherheitspolitischen Bericht 2021 wie auch im Bericht der vom VBS mandatierten Studienkommission Sicherheitspolitik wird die Notwendigkeit einer verstärkten sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit der EU und der NATO betont. Innenpolitisch ist das Thema zwar umstritten. Die Debatten zeigen aber auch, dass unterschiedliche Vorstellungen darüber herrschen, wie die Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit dieser Organisationen mit Drittstaaten heute überhaupt ausgestaltet ist.

Diese Analyse fokussiert deshalb auf die Angebotsseite und zeigt, wie sich die Partnerschaftsmodelle und -prioritäten von EU und NATO verändern. Beide Akteure haben Anpassungen an ihren Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften im Zuge einer strategische Neubeurteilung vorgenommen, die bereits vor Russlands Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 einsetzte. Die Überlegungen gipfelten 2022 in der Veröffentlichung wegweisender strategischer Erklärungen – dem Strategischen Kompass der EU und dem Strategischen Konzept der NATO.

Die russische Invasion der Ukraine hat die Dringlichkeit und das Ausmass der Verän-



Treffen des Nordatlantikrats auf Ebene der Staats- und Regierungschefs mit Indopazifik-Partnern und der EU beim NATO-Gipfel in Washington vom 11. Juli 2024. Leah Millis / Reuters

derungen verstärkt. Bedrohungen und Herausforderungen wurden teilweise neu gewichtet, institutionelle Prioritäten haben sich verlagert. Die EU versteht sich heute verstärkt als «geopolitischer Akteur», während die Nato ihre ursprüngliche Kernaufgabe Abschreckung und Verteidigung wieder ins Zentrum stellt. Russlands Angriffskrieg hat dabei zur Folge, dass beiden Organisationen gezieltere und tiefergehende Partnerschaften mit Drittstaaten anstreben. Beide sehen eine Notwendigkeit, sich mit gleichgesinnten Ländern, die über relevante Fähigkeiten verfügen, stärker abzustimmen.

Die Dynamik neuer organisatorischer Lösungen hat sich in den vergangenen zwei-einhalb Jahren deutlich gezeigt: Übungen mit Drittstaaten, aber auch der Informationsaustausch und koordinierte Sicherheits- und Verteidigungsinitiativen zwischen EU und NATO mit ihren jeweiligen Partnern nehmen zu. Das Streben nach Kohärenz in der Bewältigung vielfältiger sicherheitspolitischer Herausforderungen wird dabei offensichtlich. Gleichzeitig greifen EU und NATO jeweils auf die gleichen Formulierungen zurück, wenn sie ihren Umgang mit Partnern als «massgeschneidert», «rechtlich unverbindlich» und

Sicherheitsstrategien der EU, wechselnde Terminologie für Partner			
	Europäische Sicherheitsstrategie (2003)	Globale Strategie (2016)	Strategischer Kompass (2022)
USA	unersetzlicher Partner	Kernpartner	zuverlässigster, bedeutendster Partner
RUSSLAND	wichtiger, potentiell strategischer Partner	zentrale strategische Herausforderung	Aggressor, revisionistisches Regime
NATO	strategischer Partner	vertieftere Zusammenarbeit	strategischer Partner
CHINA	Ausbau der Partnerschaft	vertieftere Beziehungen	Partner, Konkurrent, Rivale
INDIEN	ausbaufähige Beziehung	strategischer Partner	Sicherheits- und Verteidigungspartner
JAPAN	enger und langjähriger Partner	strategischer Partner	bilateraler Partner
SÜDKOREA		Ausbau der Partnerschaft	Sicherheits- und Verteidigungspartner
KANADA	enger und langjähriger Partner	transatlantischer Partner	bilateraler Partner
SCHWEIZ	Partnerschaft gewinnt an Bedeutung		
NORWEGEN	Partnerschaft gewinnt an Bedeutung	am engsten verbundener Partner	
OSZE	vertieftere Beziehungen	Säule europäischer Sicherheit	regionaler Partner, Zusammenarbeit stärken
UNO	Stärkung der Zusammenarbeit	Rahmenwerk des multilateralen Systems	strategischer Partner
ASEAN	verstärkter Dialog	Partner im vernetzten Asien	regionaler Partner für engere Zusammenarbeit
AU	engere Zusammenarbeit	Intensivierung der Zusammenarbeit	regionaler Partner für engere Zusammenarbeit
UKRAINE	weitreichendes Assoziationsabkommen	Aufrechterhaltung der Kooperation	östl. Partner, Zusammenarbeit intensivieren
REP. MOLDAU	weitreichendes Assoziationsabkommen	Aufrechterhaltung der Kooperation	Partner, enge Zusammenarbeit anstreben
GEORGIEN		Erfolgsgeschichte der östl. Partnerschaft	Partner, enge Zusammenarbeit anstreben
VK*			Bilateraler Partner

Die zunehmende Vertiefung der Zusammenarbeit
 Die zunehmende Intensität des Konkurrenzkampfs

* EU-Mitgliedstaat 2003 und 2006
Quelle/Grafik: zusammengestellt und entwickelt durch die Autorin

«von gegenseitigem Nutzen» beschreiben. Dies verdeutlicht den intergouvernementalen und pragmatischen Charakter der Zusammenarbeit mit Drittstaaten.

Neue Partnerschaften der EU

Die EU wird gelegentlich als Institution beschrieben, die unablässig Abkommen und Strategien mit dem Ziel generiert, für die Gestaltung ihrer Aussenbeziehungen und -aktivitäten stabilere und berechenbarere Rahmen zu finden. Dies zeigt sich an den unzähligen Bemühungen, das immer breiter werdende Spektrum an Partnerschaften – nicht zuletzt im Bereich Sicherheit und Verteidigung – stärker zu strukturieren.

Aus Kreisen der Wissenschaft und Politik werden die Partnerschaften der EU primär dahingehend kritisiert, dass die Union zu grosszügig und wahllos Länder und zwischenstaatliche Organisationen zu Partnern ernannt habe. Dadurch erscheinen die EU-Prioritäten für echte Partnerschaften heute weniger klar und die jeweilige Bedeutung verschiedener Partnerkategorien verwässert. Der Strategische Kompass der EU brachte hinsichtlich der engsten Partner zwar eine gewisse Klärung, konnte aber nicht alle Bedenken ausräumen.

In jüngster Zeit ist allerdings klarer geworden, in welche Richtung sich die EU bei der Stärkung ihrer Sicherheitszusammenarbeit entwickeln will. Im Mai bzw. Juni 2024 hat

die EU je eine neue «Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft» mit Norwegen und der Republik Moldau besiegelt, weitere Länder wie Japan, Südkorea, Albanien und Nordmazedonien sollen folgen. Bei diesem neuen Partnerschaftsmodell handelt es sich um rechtlich unverbindliche Rahmenabkommen, die auf politische Verpflichtungen beruhen und eine vertiefte Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung erleichtern und fördern soll.

So bekräftigt die Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft der EU mit Norwegen beispielsweise die Partnerschaft als «massgeschneidert» und «von gegenseitigem Nutzen». Das Abkommen definiert einen Mechanismus für den Informationsaustausch, die Steuerung der Umsetzung und die Koordination. Norwegen wird etwa am Schuman-Forum für Sicherheit und Verteidigung teilnehmen und kann zu hochrangigen EU-Treffen des Hohen Vertreters der EU eingeladen werden. Während der jährliche Sicherheits- und Verteidigungsdialo auf höchster Ebene erfolgt, werden Arbeitsgruppen die Gespräche vor- und nachbereiten, um zu gewährleisten, dass die Partnerschaft auch zielführend umgesetzt wird.

Das Abkommen zwischen der EU und Norwegen enthält eine lange Liste von Bereichen für eine Zusammenarbeit. Dazu gehören die langfristige Unterstützung der

Ukraine, internationales Friedens- und Krisenmanagement, maritime Sicherheit, Weltraumsicherheit und -verteidigung, Cyber, Gegenmassnahmen gegen hybride Bedrohungen und die Einflussnahme aus dem Ausland, Terrorismusbekämpfung, Nichtverbreitung, Kapazitätsaufbau für Partner, Schulung, Aus- und Weiterbildung, Friedensmediation, wirtschaftliche Sicherheit, Zusammenarbeit in multilateralen Foren und die Agenda «Frauen, Frieden und Sicherheit».

Ähnlich beschaffen ist das Abkommen über eine Partnerschaft zwischen der EU und der Republik Moldau, das zum Teil die gleichen Kooperationsbereiche wie das Abkommen mit Norwegen enthält. Die Ziele allerdings sind anders definiert, was angesichts der Nähe der russischen Bedrohung und der Notwendigkeit, die Verteidigungsfähigkeit von Moldau aufzubauen, kaum überrascht.

Mit den neuen Partnerschaftsinstrumenten in Sicherheit und Verteidigung stärkt die EU die Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Ländern. Dadurch soll gewährleistet werden, dass die EU-Mitgliedstaaten und die Partner der EU besser gerüstet und bei Bedarf koordiniert auf Bedrohungen und Sicherheits Herausforderungen reagieren können. Das Problem der Lücke zwischen Erwartungen und Fähigkeiten in der Aussentätigkeit der Union bleibt allerdings nach wie vor bestehen.

Auch wenn die Europäische Kommission ihre Rolle in Sicherheitsfragen ausbauen konnte, insbesondere durch die Europäische Friedensfazilität (EFF), bleiben Verteidigungsfragen inkl. Verteidigungsausgaben in der Kontrolle der Mitgliedsstaaten. Die EU verfügt also über verstärkte Kapazitäten bei gleichzeitig begrenzter Handlungskompetenz der Kommission. Wie sich die Dynamik zwischen Kommission und Mitgliedstaaten weiter entwickelt und was dies für die Sicherheits- und Verteidigungsdimension dannzumal bedeuten wird, bleibt vorderhand offen. Die von manchen Stimmen geforderte «echte europäische Verteidigungsunion» zeichnet sich derzeit nicht ab.

«Interessensgeleitete» NATO

Ihrem Mandat und ihrer weitreichenden Erfahrung entsprechend hat die NATO unterschiedliche Partnerschaftsformate entwickelt. Die Ziele von NATO-Partnerschaften haben sich dabei über die Zeit merklich verändert. Entstanden ist ein Netz aus Partnern, das nicht nur geografisch gewachsen ist, sondern auch durch ein zunehmendes Ambitionsniveau gekennzeichnet ist. In den 1990er Jahren standen die Partnerschaften mit den ehemals kommunistischen Ländern im Zeichen einer Demokratisierung und Konsolidierung Europas. Es entstanden unter anderem 1991 der Nordatlantische Kooperationsrat (NAKR), der durch die Partnerschaft für den Frieden (Partnership for Peace, PfP) 1994 abgelöst wurde, und 1997 der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat (EAPR).

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 legte die Allianz ihre Prioritäten verstärkt auf die Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Der Ansatz der NATO bestand darin, über eine Stärkung der Fähigkeiten von Partnern regionale Stabilität zu erreichen. Steigende Erwartungen ihrerseits an die Partner führten dazu, dass diese Beiträge an militärische Einsätzen in Kosovo, Afghanistan und Irak zu leisten begannen. Sie wurden so von Sicherheitskonsumenten zu -produzenten.

Die jüngste Anpassung im Umgang mit Partnerschaften veröffentlichte die NATO im Bericht «NATO 2030» aus dem Jahr 2020. Der Bericht empfiehlt einen «interessengeleiteten» Ansatz, durch den Partnerschaften nach strategischen Bedürfnissen und verfügbaren Ressourcen priorisiert werden. Damit ist das Nordatlantik-Bündnis zu seiner ursprünglichen Vision zurückgekehrt, das Sicherheitsumfeld aktiv zu gestalten, statt nur auf Krisen zu reagieren.

Dieser Paradigmenwechsel drängte sich vor dem Hintergrund eines zunehmenden strategischen Wettbewerbs auf und markierte eine Abkehr von der «nachfragebasierten» Partnerschaftspolitik der NATO aus dem Jahr 2011, die sich vor allem an den Bedürfnissen der Partner orientierte.

Aufgrund dieser Empfehlung führte die NATO im März 2021 das Konzept «Ein Partner, ein Plan» ein. Der Nordatlantikrat definierte den Rahmen für Partnerschaften neu und schuf ein Instrument mit der Bezeichnung Individually Tailored Partnership Programme (ITPP). Das ITPP hat das ehemalige Individuelle Partnerschafts- und Kooperationsprogramm (IPCP) sowie den Individuellen Partnerschafts-Aktionsplan (IPAP) abgelöst und integriert verschiedene Partnerschaftsinstrumente in einen kohärenten Gesamtplan mit spezifischen und messbaren Zielen über einen Zyklus von vier Jahren. Zum neuen Modell gehört eine formelle Standortbestimmung nach der Hälfte der Laufzeit, wodurch sowohl Partner als auch die NATO einander verstärkt Rechenschaft ablegen müssen.

Der Weg zur Unterzeichnung der ITPP war in einigen Fällen lang und steinig: Zu-

Russlands Angriffskrieg hat dabei zur Folge, dass beiden Organisationen gezieltere und tiefergehende Partnerschaften mit Drittstaaten anstreben.

erst mussten Verhandlungen mit dem sogenannten International Staff der NATO geführt werden, bevor dann alle Allianzmitglieder ihre Zustimmung zu geben hatten. Unter dem nachfragebasierten System waren die Partner eher «Sicherheitskonsumenten», die aus dem Partnerschafts-Kooperationsangebot der NATO diejenigen Bereiche auswählten, an denen sie teilnehmen mochten. Heute sind die NATO-Partnerschaften strategischer und stärker bilateral ausgerichtet. Die Verhandlungen boten denn auch Gelegenheit, beidseitig nutzbringende Projekte aufeinander abzustimmen. Dies war ein wichtiger Schritt, denn der «interessengeleitete» Ansatz warf die Frage auf, ob eine Partnerschaft zwischen der NATO und einem Partner die jeweiligen Interessen gleichermaßen berücksichtigt.

Kein anderes Beispiel widerspiegelt den neuen Ansatz für NATO-Partnerschaften stärker als die IP4, d.h. die indopazifischen

Partnerstaaten Australien, Japan, Neuseeland und Südkorea. Heute betrachten beide Seiten ihre jeweiligen Partner als wesentlich für die eigene Verteidigung und Abschreckung. Früher waren sie hauptsächlich Gesprächspartner bei der Sicherheitsproduktion für Drittstaaten ausserhalb des Bündnisgebiets. Damals waren Krisenmanagement und kooperative Sicherheit die zentralen Organisationsprinzipien der Partnerschaften. Und obwohl auch in diesem Fall heute bilaterale ITPP die institutionelle Grundlage der Zusammenarbeit zwischen der NATO und den IP4-Staaten bilden, strebt die NATO mit diesen Partnern auch eine Zusammenarbeit als minilaterale Gruppe an. Dies zeigt sich in vier gemeinsamen Projekten, die beim Gipfel in Washington im Juli 2024 angekündigt wurden. Sie befassen sich mit der Unterstützung für die Ukraine, künstlicher Intelligenz, der Bekämpfung von Desinformation sowie Cybersicherheit.

Solche neuen und agile Partnerschaften der NATO gewinnen an Bedeutung, während die grösseren und traditionelleren Gruppierungen an organisatorischer Relevanz einbüßen. Die NATO setzt bei ihren Partnerschaften heute weniger auf Formate

wie den Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat oder die Partnerschaft für den Frieden, sondern eher auf bilaterale oder minilaterale Beziehungen über das Instrument der ITPP. Diese Entwicklung zugunsten individuell zugeschnittener und proaktiver Partnerschaften spiegelt

die stärkere Gewichtung von Verteidigung und Verteidigungsfähigkeiten und den grundsätzlichen Wandel in der Partnerschaftsstrategie der NATO wider.

Engere Zusammenarbeit EU-NATO

Der Wandel der Partnerschaftsformate von EU und NATO geht einher mit einer zunehmenden Zusammenarbeit und Koordination zwischen beiden Organisationen. Die Kooperation zwischen EU und NATO hat sich über mehr als zwanzig Jahre entwickelt und begann 2001 mit einem formellen Austausch, bei dem der Umfang einer Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen abgesteckt wurde. In den letzten Jahren ist die Zusammenarbeit im Rahmen von drei Gemeinsamen Erklärungen (2016, 2018, und 2023) sowie der Verabschiedung des Strategischen Kompasses der EU und des Strategischen Konzepts der NATO verstärkt und ausgeweitet geworden. Der Strategische Kompass bezeichnet die strategische Partnerschaft der

EU mit der NATO als fundamental für die euro-atlantische Sicherheit. Das Strategische Konzept seinerseits erwähnt die EU als einzigartigen und wesentlichen Partner gesondert und betont, dass die strategische Partnerschaft der beiden Organisationen gestärkt und vertieft werden solle.

Die Gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO von 2023 war ein Meilenstein hin zu einer verstärkten Partnerschaft. Es war die erste Gemeinsame Erklärung seit Russlands Invasion der Ukraine und den sich verändernden sicherheitspolitischen Herausforderungen. Die Erklärung unterstrich die Notwendigkeit einer intensiveren Kooperation in Bereichen wie Cyberabwehr, militärische Mobilität und dem Schutz kritischer Infrastruktur. Hervorgehoben wurde auch die Wichtigkeit von neueren Sicherheitsthemen wie der Weltraumsicherheit, den Auswirkungen des Klimawandels auf die Verteidigung und die zunehmende Verwendung disruptiver Technologien. Einen weiteren Schwerpunkt legte die Erklärung auf die Bekämpfung der Einflussnahme aus dem Ausland und Desinformationskampagnen – zwei Themen, die stark an politischer Aufmerksamkeit gewonnen haben. Durch eine verstärkte Kooperation in diesen Bereichen möchten die EU und die NATO über ihre Partnerschaften dazu beitragen, dass eine liberale und regelbasierte Ordnung gewährleistet werden kann.

Insgesamt legen die jüngsten Veränderungen betreffend Mitglieder, Strukturen und Mandate sowie die sich entwickelnden Beziehungen zwischen den Organisationen und die verbesserte Abstimmung nahe, dass die Aufteilung der Rollen zwischen EU und NATO klarer wird. Auch werden Ressourcen dort effizienter genutzt, wo sich die Mandate überschneiden. Es ist davon auszugehen, dass die EU Sicherheit weiterhin wesentlich breiter interpretiert, während sich die NATO auf die Verteidigung konzentriert. Gleichzeitig kann nicht ausgeschlossen werden, dass bürokratische Ineffizienzen und Rivalitäten sowie Eigeninteressen der Mitgliedsstaaten die erzielten Fortschritt wieder zunichtemachen.

Bedeutung für die Schweiz

Für die Partner von EU und NATO, inklusive die Schweiz, ist es wichtig, den Wandel der Partnerschaftsformen und -möglichkeiten zu analysieren und zu verstehen. In ihren Beziehungen zur EU in Sicherheits- und Verteidigungsfragen hat die Schweiz bereits erste Schritte zu einer stärker strukturierten Kooperation eingeleitet. So wurde im November 2023 auf Stufe Staatssekretär EDA und Generalsekretär des Europäischen Auswärtigen Dienstes ein regelmässiger «strukturiertes Dialog» über Sicherheits- und Verteidigungsfragen mit dem Ziel eingerichtet, die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu verstärken.

Weitere Möglichkeiten zu einer verstärkten Kooperation mit der EU liegen auf dem Tisch. Dazu gehört die angestrebte Unterzeichnung eines sogenannten «Framework Participation Agreement», das die Beteiligungsmodalitäten der Schweiz an zivilen und militärischen Friedensförderungseinheiten im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) regelt und die Zusammenarbeit administrativ vereinfacht. Ähnliche Abkommen hat die EU bereits mit 21 Partnerländern abgeschlossen. Auch hat der Bundesrat der Teilnahme an zwei Projekten der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation, PESCO) zugestimmt. Konkret geht es um Projekte zur militärischen Mobilität und zur Cyberverteidigung («Cyber Ranges Federation»). Schliesslich bietet die Teilnahme der Schweiz am europäischen Luftverteidigungssystem «European Sky Shield Initiative (ESSI)» die Gelegenheit, die Koordination in Beschaffungsvorhaben, der Ausbildung und in logistischen Aspekten im Bereich der bodengestützten Luftabwehr zu verstärken. Die Frage, ob die Schweiz eine Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft analog zu Norwegen und der Moldau anstreben soll, ist heute mehr symbolisch relevant als operationell dringlich und kann zu gegebener Zeit im Lichte der Erfahrungen mit den oben dargelegten Vorhaben aufgenommen werden.

Klar ist ebenfalls, dass die NATO heute im Lichte ihrer operationellen Bedürfnisse

Partnerschaften anstrebt, die inhaltsreich sind und nicht einfach von Zielen vormaliger Ländergruppierungen geleitet werden. Vor ihrem Beitritt zur NATO 2023 und 2024 galten Finnland und Schweden gemeinhin als die engsten Partner der Allianz. Seit der Vollmitgliedschaft der beiden skandinavischen Länder befinden sich die weiterhin neutralen Staaten Westeuropas wie Österreich, Irland und die Schweiz in einer eigentümlichen Lage. Dies weil sie als bewährte liberale Demokratien im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat heute mit überwiegend illiberalen Partnerstaaten gruppiert sind und etwas abseits stehen. Als Reaktion darauf hat die NATO diesen Neutralen den sogenannten Non-NATO Nation Status erteilt, der auf einem individuellen Sicherheitsabkommen beruht und den Austausch klassifizierter Informationen sowie die Teilnahme an Schulungen und Übungen der NATO ermöglicht. Zudem bietet die nächste Periode des Partnerschaftsprogramms (ITPP) der Schweiz mit der NATO, deren Inhalte 2025 verhandelt werden, die Gelegenheit, das Ambitionsniveau der Zusammenarbeit zu überprüfen und auf die Prioritäten der sicherheitspolitischen Strategie 2025 der Schweiz auszurichten.

Die Schweiz wird gemeinhin als fähiger Partner betrachtet, der sich in verschiedensten Bereichen bewährt hat – von Cybersicherheit und hybrider Kriegsführung über Ausbildung und Innovation bis zu Resilienz und Friedensförderung. All diese Bereiche sind in der heutigen Lage von Bedeutung. Die Herausforderung für die Schweiz besteht darin, Kooperationsmöglichkeiten mit NATO und EU so zu nutzen, dass dies innenpolitisch tragfähig und mit ihrer Neutralitätskonzeption vereinbar ist, wobei bezüglich letzteres der Spielraum gross ist.

Für mehr zu Perspektiven Euro-Atlantischer Sicherheit, siehe [CSS Themenseite](#).

Gorana Grgić ist Senior Researcher im Team Schweizer und Euro-Atlantischer Sicherheit am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die **CSS Analysen zur Sicherheitspolitik** werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch.

Herausgeberin: Névine Schepers
Lektorat: Daniel Möckli
Layout und Grafiken: Miriam Dahinden-Ganzoni

Feedback und Kommentare: css.info@sipo.gess.ethz.ch
Weitere Ausgaben und Abonnement: www.css.ethz.ch/cssanalysen

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

Japans Ansatz zur Friedensförderung Nr. 347
Mediation als Staatsaufgabe in Türkei Nr. 346
Chip-Lieferkette: Aufspaltung und Lokalisierung Nr. 345
Herausforderung Nachrüstung: Beispiel Schiesspulver Nr. 344
Cybersicherheit im Weltraum verstehen Nr. 343
Beziehungen Pjöngjangs zu Moskau und Peking Nr. 342

© 2024 Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich
ISSN: 2296-0236; DOI: 10.3929/ethz-b-000697720